

Analyse

des Bankenverbandes zu Standortverlagerungen von Finanzinstituten
infolge der Austrittserklärung des Vereinten Königreichs

Update: 15. März 2018

Zusammenfassung

Mit der offiziellen Austrittserklärung des Vereinigten Königreichs (UK) durch Anrufen des Artikels 50 EUV am 29. März 2017 begann eine langwierige Verhandlungsperiode, die belastbare Ergebnisse wahrscheinlich erst am Ende erkennen lassen wird. Nach einem Brexit werden die zwischen der EU27 und UK über Jahrzehnte gewachsenen detaillierten Regeln für alle relevanten Teile des Wirtschaftsrechts voraussichtlich nicht mehr fortbestehen. Am 15. Dezember 2017 hat der Europäische Rat bekanntgegeben, dass ausreichend Fortschritte bei den Verhandlungen erzielt wurden und in die Zweite Verhandlungsphase übergegangen werden kann. Für den Moment wurde das Risiko eines harten Brexit reduziert. Es bleiben jedoch weiterhin wesentliche Streitpunkte offen; das Risiko eines harten Brexits besteht daher weiter.

Hiervon würden insbesondere Bank- und Wertpapierdienstleistungen betroffen sein. Es würde beispielsweise die Grundlage für das im Bankgeschäft so wichtige Passporting entfallen. Falls es zu einem harten Brexit kommt, brauchen Finanzinstitute mit derzeitigem Sitz in UK künftig eine Banklizenz aus einem der EU Mitgliedstaaten, um künftig weiterhin Dienstleistungen in den EU27 anbieten zu können. Insgesamt sollen sich bereits über 50 (von mehr als 100 Banken mit britischer Lizenz) Banken bei der EZB zur Verlagerung von Geschäften aufgrund des Brexits erkundigt haben.

Da die Finanzinstitute zum voraussichtlichen Austrittstermin, dem 31. Dezember 2020, auf sicherer rechtlicher Grundlage arbeiten müssen, gehen sie vom Worst Case aus, so dass sie frühzeitig strategische Standorterwägungen durchdenken müssen. In den Medien sind Überlegungen und konkrete Ankündigungen von Finanzinstituten bekannt geworden. Nach einer Studie des britischen Unternehmensverband CBI werden bis März 2018 rund 60% der britischen Unternehmen ihre Ausweichpläne aktivieren, wenn bis dahin kein Abkommen für die Übergangsphase vereinbart wurde.

Der Bankenverband hat auf Grundlage dieser öffentlichen Darstellungen die bislang bekannten Positionierungen von Finanzinstituten ausgewertet, um einen Überblick zu schaffen. Die Angaben in der vorliegenden Analyse beruhen auf öffentlichen Quellen, die in der Regel eigene Aussagen der jeweiligen Banken zitieren. Für Vollständigkeit oder Aktualität kann der Bankenverband keine Gewähr übernehmen. Die anstehenden Entscheidungen der Finanzinstitute berühren einem sensiblen Kern der geschäftspolitischen Ausrichtung. Konkrete Planungen sind daher in der Regel vertraulich.

Dieser Überblick kann nur eine unverbindliche Prognose zu den zukünftigen Marktverhältnissen darstellen. Grundsätzlich haben Banken mit einem Hauptsitz in der EU 27 eine natürliche Präferenz, Funktionen aus London an ihren Hauptsitz zu verlagern.

Das Werben um Banken mit derzeitigem Sitz in London hat an politischer Dimension gewonnen. Sich ändernde wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen haben erkennbar direkte Auswirkungen auf laufende Standortentscheidungen; Regierungen oder Regierungsbehörden durchdenken konkrete Maßnahmen, um die Attraktivität ihres nationalen Standortes zu steigern. Deshalb sollten die Standortvorteile Frankfurt gestärkt und selbst gemachte Hemmnisse abgebaut werden.

Finanzplatz London

Die City of London wird im 21. „Global Financial Centres Index¹“ (März 2017) als derzeit bedeutendster Finanzplatz Europas geführt: 60 Prozent des EU-weiten Kapitalmarktgeschäfts wird in der City abgewickelt und 40 Prozent aller europäischen Vermögenswerte werden über den Finanzstandort London verwaltet. Insgesamt nutzen über 260 Kreditinstitute, davon mehr als 50 Prozent aus dem Ausland, London als Ausgangspunkt für ihre Finanzdienstleistungen in der EU27 und weltweit. Zusammen mit zugehörigen Beratungs- und Servicedienstleistungen ist der Finanzplatz London ein besonderes Ökosystem für Finanzdienstleistungen.

Dabei ist die City keine homogene Einheit, sondern beheimatet eine Vielzahl an Finanzdienstleistungen, von klassischen Bankdienstleistung über das Investmentbanking bis hin zum Clearing sowie Wertpapier-, Derivate- und Währungsabwicklung. Somit sind nach einem Brexit je nach Finanzdienstleistung unterschiedliche Optionen und Standortpräferenzen der verschiedenen Anbieter denkbar.

Brexit zwingt Finanzinstitute zur Standortfrage

Der Bankenverband geht davon aus, dass London auch weiterhin ein bedeutender Finanzplatz bleibt. Insofern ist kein vollständiger Rückzug der Institute zu erwarten. Sicher ist aber, dass es zu Verlagerungen kommen wird. Umfang und Ausrichtung der Verlagerungen von Finanzdienstleistungen aus London in die EU27 sind noch offen und in Abhängigkeit von den Entwicklungen in den laufenden Austrittsverhandlungen zu sehen. Gleichwohl weisen erste Studien² auf Arbeitsplatzverluste für den Finanzplatz London von bis zu rund 30.000 Beschäftigten aus, abhängig vom Brexit-Szenario und den Zweitrundeneffekten auf weitere Finanzdienstleistungen am Finanzplatz London.

Die Entscheidung der Finanzinstitute ist nicht trivial, betrifft sie doch strategische Grundsätze. Der „point of no return“ wird möglichst spät gelegt, um positive Entwicklungen in den Verhandlungen zwischen UK und der EU berücksichtigen zu können. Gleichzeitig führt die Europäische Zentralbank gegenüber den Finanzinstituten einen gewissen Zeitdruck ein: Sie empfiehlt, frühzeitig die für den EU-Binnenmarkt notwendige Banklizenz zu beantragen, um diese rechtzeitig vor dem Austritt von UK erhalten zu können. Die Genehmigungsverfahren dauern in der Regel über zwölf Monate; im Zuge des Brexits mit der Folge einer Vielzahl von Erlaubnisanträgen könnte sich die Bearbeitungszeit aber durchaus verlängern.

¹ Der Index wird seit 2007 von dem in London ansässigen Think Tank Z/Yen geführt und regelmäßig veröffentlicht. Er dient der Bewertung von Finanzplätzen, in die eine Vielzahl von Faktoren aufgenommen wird.

² Der Brüsseler Think Tank Bruegel beziffert die Arbeitsplatzverluste am Finanzplatz London auf rd. 30.000 (10.000 Arbeitsplätze in den Banken, 20.000 weitere Arbeitsplätze im Finanzdienstleistungssektor): <http://bruegel.org/wp-content/uploads/2017/02/PC-04-2017-finance-090217-final.pdf>. Zu ähnlichen Ergebnissen (zw. 3.000 und 35.000 Arbeitsplätzen, je nach Brexit-Szenario) kommt auch eine Untersuchung der Beratung [Oliver Wyman](http://www.oliverwyman.de/our-expertise/insights/2017/mar/oliver-wyman-risk-journal/emerging-risks/brexit.html): <http://www.oliverwyman.de/our-expertise/insights/2017/mar/oliver-wyman-risk-journal/emerging-risks/brexit.html>

Alternative Finanzplätze der EU27

Der Bankenverband geht grundsätzlich davon aus, dass die Finanzplätze innerhalb der EU27 mittelfristig an Bedeutung gewinnen werden. Dabei werden sich heute in London erbrachte Aktivitäten voraussichtlich auf verschiedene nationale Finanzplätze verlagern und sich abhängig von der Finanzdienstleistung unterschiedliche Zentren entwickeln. Beispielsweise könnten sich klassische Bankdienstleistungen auf die Finanzplätze Dublin und Frankfurt konzentrieren, wohingegen für Investmentfonds der Standort Paris oder Luxemburg interessant sein könnte.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nur möglich, Tendenzen zu beschreiben. Die Auswertung von Agentur- und Pressemeldungen zeigt, dass sich die Finanzinstitute mit Sitz in London strategisch in Richtung Frankfurt, Dublin oder Paris orientieren. Durch die Standortverlagerung der EBA (European Banking Authority) nach Paris, ist die Attraktivität des Standortes deutlich gestiegen.

Finanzplatz Frankfurt

Das deutsche Finanzzentrum Frankfurt wird laut 21. „Global Financial Centres Index“ weltweit auf Platz 23 eingeordnet und zählt damit nach London bzw. Luxemburg zu den bedeutendsten Finanzplätzen der EU. Frankfurt ist für internationale Akteure attraktiv: Ende 2016 hatten laut Statistik der Deutschen Bundesbank 195 Banken ihren Sitz in Frankfurt, hierunter 156 Auslandsbanken. In der Main-Metropole sind rund 74.700 Personen im Finanzsektor beschäftigt, die mit 62.600 Angestellten zum überwiegenden Teil im Bankensektor beschäftigt sind. Zunehmend gewinnt Frankfurt aber auch für den schnell wachsenden FinTech-Sektor an Bedeutung.

Wesentlicher Vorteil von Frankfurt ist der Sitz der Europäischen Zentralbank und die damit verbunden kurzen Wege und direkte Kommunikation zwischen Bank und Aufsicht. Großbanken mit einer Bilanzsumme von über 30 Mrd. EUR werden von der EZB beaufsichtigt und zukünftig wahrscheinlich auch große Investmentfirmen mit einer Bilanzsumme von über 30 Mrd. EUR.

Frankfurt bietet eine gute Infrastruktur und aufgrund der zentralen Lage in Europa eine gute Anbindung an alle wichtigen Hauptstädte und Finanzplätze. Nicht zu vergessen ist der Immobilienmarkt Frankfurts, der mit einem Preisniveau weit unterhalb der vergleichbaren europäischen Metropolen attraktiv sein dürfte. Als Universitätsstandort und deutsche Bankenmetropole weist Frankfurt eine hohe Konzentration von Fachkräften mit internationaler Ausrichtung aus, was ein interessantes Arbeitsmarktpotential bietet.

Finanzplatz Dublin

Der Finanzplatz Dublin ist gemessen an der Beschäftigung im Finanzsektor (rund 35.500) bedeutend kleiner als Frankfurt oder London. Allerdings liegen Dublins Vorteile in der Nähe zu London. Aufgrund der ähnlichen Gesetzgebung und derselben Amtssprache sind die Hürden für einen zügigen Umzug der Banken nach Irland geringer. Zu einem weiteren

Standortvorteil Dublins zählt die niedrige Steuerbelastung Irlands. Laut einer Studie der Weltbank fällt diese für Irland mit Abstand geringer aus als in Deutschland oder Frankreich. Außerdem gilt Dublin bereits als europäische Hauptstadt der Technologiefirmen, was im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen von FinTechs ein Vorteil für viele Banken darstellen könnte. So hat Google beispielsweise seinen europäischen Hauptsitz in Dublin. Ein Nachteil hingegen ist die schwierige Erreichbarkeit der Stadt und seine ausbaufähige Infrastruktur.

Finanzplatz Paris

Mit rund 330.000 Beschäftigten im Finanzdienstleistungssektor ist Paris gemessen an der Mitarbeiterzahl der größte Finanzplatz innerhalb der Eurozone. Vier der zehn größten Banken in der EU haben einen Sitz in der französischen Hauptstadt. Darüber hinaus befindet sich in Paris eine Niederlassung des größten Londoner Clearinghauses LCH. Diese Gesellschaft könnte das derzeit in London durchgeführte Clearing von Unternehmens- und Staatsanleihen des Euro-Raums übernehmen. Paris ist in Europa der erste Standort für Versicherungsgesellschaften, was eine gute Ausgangslage für künftiges Wachstum des Finanzplatzes bilden dürfte.

Jedoch hat die Bedeutung des Pariser Finanzplatzes in den letzten Jahren abgenommen. Um dem entgegenzuwirken, versucht die französische Initiative „EuroPlace“ für den Finanzplatz Paris Dienstleistungen im Bereich nachhaltiger Finanzierung und Clearing zu gewinnen. Die französische Initiative erfährt zudem Unterstützung durch ein direktes Werben der neuen französischen Regierung für den Finanzplatz Paris. Aber auch die von Präsident Macron aufgezeigten wirtschaftspolitischen Reformen zeigen einen Effekt auf die Standortentscheidung ausländischer Banken. So hat die Bank of America ihre ursprüngliche Präferenz für Dublin zugunsten des Standorts Paris geschwächt.

Präferenzen der Finanzinstitute

Für die strategische Standortwahl nach dem Brexit legen die Finanzinstitute unterschiedliche Entscheidungskriterien zugrunde. Prinzipiell dürften sowohl interne Gründe bzw. Organisationsformen, als auch Faktoren am Zielort entscheidend sein. So sind beispielsweise bestehenden Niederlassungen in der EU27 ebenso relevant, wie die Konzentration von Clearing, Asset Management oder FinTechs am Zielort. Auch können mehrdimensionale Kriterien aus internen und externen Gründen in Frage kommen. Somit gibt es kein einheitliches Bild zur Verlagerungen der Finanzdienstleistungen in die EU27.

Tatsächlich zeigt die Auswertung der derzeit bekannten Standortüberlegungen, dass sich die Finanzinstitute größtenteils an bestehenden Niederlassungen in der EU orientieren. Dabei sind Banklizenzen und Tochtergesellschaften von Vorteil. Nur in wenigen Fällen (Citigroup, Credit Suisse, Deutsche Bank) dominieren die harten oder weichen Standortfaktoren am Zielort. Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die angekündigten

und zum Teil noch laufenden Planungen der Institute³. Auffällig ist, dass insbesondere US-amerikanische und japanische Banken, wie beispielsweise Goldman Sachs, Morgan Stanley, Citi, Nomura oder Daichi, sich bereits für Frankfurt entschieden haben.

Tabelle – Präferierte Finanzplätze und ausschlaggebende Auswahlkriterien

Bank	Ort	Anzahl Mitarbeiter	Kriterium
Bank of America	Paris, Dublin, Frankfurt	<300 (Paris)	Trading von Paris aus (Vergütungsstruktur vornehmlich von Fixeinkommen geprägt), Investmentbanking am bestehenden Sitz in Dublin (Tochter Merrill Lynch)
Bank of China	Dublin	Keine Angaben	
Barclays	Dublin	150	Bestehende Niederlassung
BNP Paribas	Paris (und weitere)	300	Trotz des Brexits und der angekündigten Verlagerungen will BNP in UK expandieren.
Citigroup	Frankfurt, sowie Madrid, Dublin, Paris, Mailand, Luxemburg	150(nach Frankfurt)	Der Trading-Hub in Frankfurt soll bereits Ende 2018 seine Arbeit aufnehmen. Frankfurt als Favorit (Professionalität der BaFin, Arbeitsmarkt, vorhandene Infrastruktur und erfahrene Mitarbeiter). Ergänzung um Paris aufgrund veränderter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen
Credit Agricole	Paris	100 (unbestätigt)	Zusammenführen des Handels mit europäischen Staatsanleihen
Credit Suisse^A	Frankfurt, Madrid Paris	250 nach FFM in der ersten Phase	Möchte das Trading, Investment Banking und Wealth Management auf diese Standorte verteilen. Gründe für Frankfurt: Gute Zusammenarbeit mit Behörden, Nähe zur EZB
Daiwa	Frankfurt	<100	
Deutsche Bank	Berlin/Frankfurt	Deutlich weniger als 4000, zunächst einige Hundert	Nähe zum Heimatmarkt, Ökosystem Frankfurt
Goldman Sachs	Frankfurt und Paris	500(<1000)	Bereits Niederlassungen mit Banklizenzen. Prozess läuft

³ Vgl. Zitatsammlung im Annex.

			bereits; Mitarbeiter dürfen teilweise entscheiden, wohin sie ziehen wollen. GS hat in FFM Büroplätze für bis zu 700 Angestellte angemietet. (bisher 200)
HSBC^A	Paris	Bis zu 1000	Vertreten durch Übernahme der Bank Crédit Commercial (2002)
JP Morgan	Frankfurt (sowie Dublin, Paris und Luxemburg)	1000 (bis zu 4000)	Bestehende Niederlassungen. Zusätzlich 60 Arbeitsplätze in Paris aufgrund veränderter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen
Lloyds Banking Group	Berlin	<100	Vertreten durch Übernahme der Bank of Scotland
Lloyds of London	Brüssel	100	Zentrale Lage, regulatorische Stabilität
Mitsubishi UFJ	Amsterdam, Paris	Keine Angaben	Bestehende Niederlassung mit Lizenz: Investment- und Firmenkundengeschäft in Amsterdam. Zweigstelle Paris für Investmentbanking
Mizuho	Frankfurt	Keine Angaben	Bestehende Niederlassung mit Lizenz
Morgan Stanley	Frankfurt (Dublin, Back Office)	200 (+100 in Dublin)-	
Nomura Holdings Inc.	Frankfurt	<100	
Royal Bank of Scotland	Dublin/Frankfurt/Amsterdam	150 nach Amsterdam	Bestehendes Büro in Frankfurt
Société Générale	Paris	300-400	
Standard Chartered^A	Frankfurt	<100	Bestehende Niederlassung
Sumitomo Mitsui	Frankfurt	Keine Angaben	Bestehende Niederlassung
UBS^A	Frankfurt, Madrid	200	Tochter UBS Europe SE mit Sitz in Frankfurt, Lizenz zum Investment Banking

^ADie Banken Credit Suisse, HSBC, Standard Chartered und UBS durchspielen die Option, ihren Derivatehandel nach Asien zu verlagern. Die Aufsichtsbehörden Hongkongs und Singapurs stellen in Aussicht, Regelungen an den europäischen Standard anzupassen.

Diesem Trend zu Folge könnte der Finanzplatz Frankfurt als Favorit für einen Hub in der EU hervorgehen. Insbesondere das Investmentbanking der US-amerikanischen Banken soll am Standort Frankfurt ausgebaut werden. Nach einer aktuellen Umfrage des Center for Financial Studies an der Uni Frankfurt erwartet die deutsche Finanzindustrie ein Jahr nach dem Brexit-Referendum zu 86 Prozent, dass Frankfurt als Standort innerhalb der Europäischen Union am meisten vom Brexit profitieren wird.⁴

⁴ Vgl. Umfrage des Center for Financial Studies vom 21. Juli 2017: <https://www.ifk-cfs.de/de/media-lounge/news/artikel/article/cfs-survey-one-year-on-from-the-brexit-referendum-financial-industry-still-sees-frankfurt-as-the.html>

Standortvorteile für einen europäischen Finanzplatz Frankfurt

Deutschland hat ein herausragendes Interesse, dass die aus dem Brexit begründeten Verlagerungen nach Frankfurt führen. So könnten zahlreiche, gut bezahlte Arbeitsplätze neu in Frankfurt entstehen; die Netzwerkeffekte ziehen weitere Unternehmen und Arbeitsplätze zum Beispiel in der Beratung, der Kommunikation und der Informationstechnologie nach.

Der Bankenverband unterstützt alle Maßnahmen, die dazu beitragen, Finanzdienstleistungen aus der City nach Deutschland zu verlagern. Dabei sieht der Bankenverband – ähnlich wie die deutsche Politik – Frankfurt als Tor des Finanzplatzes London in die EU27 und strebt ein kooperatives Verhältnis an. Frankfurt bietet dabei hervorragende Voraussetzungen für die Ansiedlung von Finanzdienstleistungen:

- Frankfurt ist der Banken- und Finanzplatz der Euro-Zone und ein leistungsfähiger Börsenplatz.
- Frankfurt ist Standort der EZB, des SSM und der EIOPA und damit der wichtigste Platz der Geld-, Währungs- und Finanzmarktpolitik in der Europäischen Union.
- Frankfurt verfügt über eine starke finanzmarktbezogene Forschung und Lehre sowie eine gute Infrastruktur für Verkehr und Digitalisierung; die Lebenshaltungskosten und Immobilienpreise sind im europäischen Vergleich günstig – auch bei kurzfristiger Verfügbarkeit.
- Die hohe Innovationskraft wird durch eine aktive FinTech-Szene mit dem TechQuartier im nationalen Digitalisierungshub unterstützt.
- Deutschlands stabile politische Verhältnisse, die Verlässlichkeit des Rechtsstaats mit funktionierendem Rechtsschutz sowie die Garantie für Richtsicherheit und einer funktionierenden Verwaltungen in Deutschland sind wesentliche Standortfaktoren für den Finanzplatz Frankfurt.

Deshalb müssen selbst gemachte Hemmnisse abgebaut werden. Erforderlich ist ein klares Bekenntnis der deutschen Politik für eine solche Strategie.

Forderungen für einen attraktiven Finanzplatz Frankfurt

Viele andere, für Verlagerungen in Frage kommende Finanzplätze in der EU27 werben aggressiv und mit hohem politischem Aufwand unter Einsatz von Regierungsmitgliedern um solche Verlagerungen. Daher muss Deutschland ein attraktiver Standort für Verlagerungen sein und sein Interesse deutlich bekunden. Hierzu bedarf es neben bilateralen und vertraulichen Gesprächen auch eines klaren Bekenntnisses der Bundesregierung, dass die Verlagerung von Bankdienstleistungen nach Deutschland willkommen ist. Die Bundesregierung könnte dies durch diesbezügliche Leuchtturmprojekte erheblich unterstützen.

Der Bankenverband sieht folgende Handlungsbedarfe, um den Finanzplatz Deutschland attraktiv zu halten

- Die **BaFin als Eintrittstor** in den deutschen Markt (unabhängig von der finalen Genehmigung durch den SSM) muss weiter unterstützt werden, um die notwendige Beratung bereitzuhalten. Für die Modellgenehmigung von Banken, deren interne Modelle bisher in UK beaufsichtigt wurden, müssen flexible Modelle vereinbart werden. Damit die Beantragung von Banklizenzen nicht länger, als bis zurzeit 12 Monate dauert, sind zusätzliche Kapazitäten erforderlich.

Zudem hat der Bankenverband selbstgemachte (administrative und regulative) Hindernisse in Deutschland identifiziert, die konsequent beseitigt werden sollten:

- Einführung eines Wahlrechts zur Aufstellung eines **befreienden IFRS-Einzelabschlusses** im HGB;
- **Reform des AGB-Rechts** im kaufmännischen Verkehr, insbesondere: gänzlicher Ausschluss der AGB-rechtlichen Inhaltskontrolle für Verträge ab einem bestimmten Vertragsvolumen (Ausnahme: übermäßige Marktmacht), keine Indizwirkung der §§308 und 309 BGB, Anpassung der Anforderungen an das Aushandeln von Vertragsbedingungen an Gepflogenheiten unternehmerischer Vertragsverhandlungen sowie Orientierung des Maßstabs der Inhaltskontrolle an der guten unternehmerischen Praxis (good commercial practice) einer Branche, eines Industriesektors bzw. eines Wirtschaftszweigs;
- **Signale im deutschen Arbeitsrecht**: Lockerung des Kündigungsschutzrechts für sehr gut verdienende Mitarbeiter, Anpassung des Arbeitszeitgesetzes an die Digitalisierung und Verzicht auf die Schaffung weiterer Wettbewerbsnachteile in Deutschland, beispielsweise auf die Einführung eines Entgelttransparenzgesetzes;
- **Steuerabzugsfähige Bankenabgabe**: Streichung von § 4 Abs. 5 Nr. 13 des Einkommenssteuergesetzes, um ein Level-playing-field zwischen den europäischen Bankenmärkten zu schaffen;
- **Wettbewerbsfähige Steuerstrukturen für Venture Capital** durch ein umfassendes Venture Capital-Gesetz, das die steuerlichen Rahmenbedingungen für Venture Capital-Investitionen verbessert.

Annex – Zitatsammlung, Erläuterungen von Finanzinstitute

Bank of America

Bank of America, la deuxième grande banque américaine, envisage de transférer 300 traders de Londres vers **Paris** [...] Une décision finale n'a pas encore été prise et les discussions se poursuivent en interne [...]. Le transfert ne concerne que les traders, croit savoir la source. Les banquiers d'affaires, ceux qui conseillent les entreprises dans leurs transactions, ne sont pas concernés. (Quelle : AFP/Le Figaro, 13.10.2017)

Bank of America's executives debated internally for months over where to relocate before designating **Paris** last month. Leaders of the firm's fixed-income trading unit advocated for Paris, while its chief of equity operations favored Frankfurt, Bloomberg reported in August. While the main trading location will be in the French capital, the firm is formulating a separate hub for investment-banking operations, people with knowledge of the matter said. (Quelle: Bloomberg, 23.08. und 11.10.2017)

Brian T. Moynihan, Chairman and CEO, said in a news release (July 21, 2017) that Dublin was the home of more of the lender's employees than any other European city outside of Britain: *"We already have a fully licensed and operational Irish-domiciled bank, which, combined with Ireland's strong commitment to business and economic growth, makes Dublin the natural location to consolidate our legal entities as we transition,"* the statement said. (Quelle: New York Times, 21.07.2017)

Bank of America Merrill Lynch is actively looking for more office space in Dublin, capable of accommodating hundreds of additional staff, as it prepares for the outcome of Brexit, according to sources. (Quelle: The Irish Times, 26.04.2017)

Dr. Nikolaus Narger, Head of Corporate Banking Germany, Switzerland and Austria: *"We are playing through all the scenarios. Nothing has been decided. **Dublin** is an option, just as Frankfurt or Amsterdam. [...] Narger views Dublin as its default destination for a new hub inside the European Union if Brexit means the U.K. loses easy access to the single market.* (Quellen: Reuters, 14.03.2017 und Bloomberg, 21.03.2017)

Bank of China

*It is understood that Japan's Sumitomo Mitsui Banking Corporation (SMBC) and the Bank of China (BOC) have both held a series of pre-application meetings with the Central Bank ahead of a potential move to **Ireland**.* (Quelle: Independent, 29.01.2017)

BNP Paribas

Jean-Adrien Lemierre, Chairman, said in a speech at the Paris Europlace financial forum in Tokyo on December 5, 2016: *"I don't see London remaining as it is; there will be change and it will be significant, Banks are already making quiet moves in preparation."*

Barclays

"Barclays Bank Ireland, which has a banking licence and which we have operated for almost 40 years, provides a natural base and we are engaging with our regulators in

discussions to extend its activities." [...] "While we remain confident of continued deep inter-linkages between EU and UK financial services markets, in the absence of certainty around the timing and composition of an agreement, we intend to take necessary steps to preserve ongoing market access for our customers."

(Quelle: The Guardian/Reuters/Statement Barclays, 14.07.2017)

Press Statement Barclays: *"We have made clear repeatedly that we will plan for a range of Brexit contingencies, including building greater capacity into our existing operations in **Dublin**. Identifying available office space is a necessary and predictable part of that contingency planning process."* (Quelle: PR Barclays 27.01.2017)

Citigroup

The firm is talking to German regulators about moving some of its European customers' investment activities from London to Frankfurt in time for Britain's departure in March 2019, Citibank Europe Plc head Zdenek Turek said in an interview. The bank plans to relocate around 150 roles to the new hub, many of which will be hired locally, according to a person with knowledge of the plan. "We assume that there will be no transition period so we have to be ready," Turek said in Vienna. (Quelle : Bloomberg, 15.03.2018)

James Cowles, CEO of Europe, Middle East & Africa at Citibank International: *«La France est importante pour Citi et les réformes annoncées la rendent plus attractive. Nous allons augmenter notre présence dans plusieurs activités à **Paris**, ainsi que dans d'autres pays en Europe. [...] Nous avons dû examiner plusieurs alternatives pour nos activités de marché gérées depuis Londres. L'option la plus évidente était de convertir notre **filiale allemande** en société d'investissement. Elle était déjà dotée en capital et nous y comptons plus de 300 personnes. Mais nous avons aussi initié une demande de licence de broker-dealer en France. [...] Dans tous les cas, **Londres** restera la tête de pont de Citi pour tous les métiers en Europe, au Moyen-Orient et en Afrique. [...] Nous ne pouvons donc pas concentrer toutes nos activités dans un seul centre, même si l'Allemagne est une option très viable. [...] Il est vrai cependant que les élections françaises ont donné de nouvelles perspectives économiques au pays et donc aussi à nos entreprises clientes. [...] Notre hypothèse est que le Brexit n'affectera pas plus de 100 à 200 postes.*

(Quelle : Les Echos, Interview, 29.09.2017)

Die US-Großbank Citigroup will wegen des Brexit ihr Geschäft in Frankfurt ausbauen. Eine bestehende Tochter am Main solle mit einer Handelslizenz ausgestattet werden, schrieb die Bank am 20. Juli 2017 an ihre Mitarbeiter. Frankfurt sei die erste Wahl gewesen, einerseits wegen der vorhandenen Infrastruktur, andererseits wegen der dort beschäftigten Mitarbeiter und ihrer Erfahrung. (Quelle: Handelsblatt Online, 20.07.2017)

Jim Cowles, Chief Executive Officer for EMEA: *„**Deutschland** zählt zu unseren Favoriten.“ [...] Als wesentliche Standortvorteile **Frankfurts** nennt Cowles die „Professionalität“ der deutschen Finanzaufsicht Bafin und die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte in Deutschland.* (Quelle: Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 21.02.2017)

Credit Agricole

Spokeswoman, Credit Agricole: *"To achieve critical mass, Credit Agricole CIB has decided to concentrate its euro flow rates market making capabilities in Paris," said the spokeswoman. "Therefore the European government bonds trading platform currently based in London will be relocated, as of September 2017, to Credit Agricole CIB in Paris where it will be positioned at the heart of our euro swaps, repo and inflation focused activities."* (Quelle: Reuters, 25.09.2017)

Credit Suisse

Die Deutschen seien besser organisiert und voll darauf ausgerichtet, auf allen Ebenen einen reibungslosen Umzug zu gewährleisten, verlautet aus Zürich. Gelobt wird überdies die gute Infrastruktur in Frankfurt, von der Nähe zur EZB über den Flughafen bis hin zur Verfügbarkeit von Wohnungen und internationalen Schulen. Die endgültige Entscheidung will die Bank innerhalb der nächsten drei Monate fällen. Eine Aufspaltung der umziehenden Abteilungen auf zwei verschiedene Standorte gilt aber als ausgeschlossen, weil für den Betrieb eine gewisse kritische Masse nötig sei. (Quelle: FAZ, 02.03.2018)

Die Credit Suisse will einem Insider zufolge bis Ende des kommenden Jahres weitere 1500 Stellen in London abbauen. (Quelle: Reuters, 8.06.2017)

Pressesprecherin Credit Suisse: *"Credit Suisse is currently exploring solutions to various outcomes including a Hard Brexit. We are refining our in-depth analysis and are looking at ways to maintain access to EU clients and markets. We will optimise our current infrastructure as well as leveraging our existing EU presence where appropriate. We already provide a comprehensive range of services to our clients through both our London operations and a number of different subsidiaries and branches across the Continent."* (Quelle: The Irish Times, 12.04.2017)

Noreen Doyle, Mitglied des Verwaltungsrats, Credit Suisse: *The lender was very pleased with its existing **Dublin** operation as it made the city its primary hub for servicing hedge funds in Europe.*

N.N., Credit Suisse: *The Irish capital is emerging as a favored location for the bank's so-called back-office jobs.* (Quelle: Bloomberg, 26.01.2017)

Daiwa Securities Group Inc.

"Daiwa Securities Group, Inc. ("Daiwa") announced today [June 22, 2017] that it has decided to establish a new subsidiary in Frankfurt am Main (Germany) and will make a license application to the German regulator accordingly. This arrangement will ensure that Daiwa can continue to service its clients in EU (Europe Union) after the United Kingdom leaves the EU." (Quelle: Press Release Daiwa Securities Group, 22.06.2017)

Deutsche Bank

Die in den Medien immer wieder genannte Zahl von 4000 ist viel zu hoch. Es ist primär eine Frage der Technologie. In London arbeiten vor allem Banker, Technologieexperten und Händler, die dort bleiben wollen. Sicher umziehen wird das Buchungszentrum. Das betrifft aber weniger Jobs, als viele denken. Wir gehen davon aus, dass wir zunächst einige hundert neue Jobs in Frankfurt schaffen, und nicht nur dort. Ein italienischer Mitarbeiter wechselt vielleicht lieber von London nach Mailand, um sich von dort aus um italienische Kunden zu kümmern. Italien unterstützt die Zuzügler durch günstige steuerliche Rahmenbedingungen. Paris tut das auch. (Quelle: NZZ Interview mit John Cryan, 13.01.18)

Das wahrscheinlichste Brexit-Szenario der Deutsche Bank sieht vor, dass rund 4000 Arbeitsplätze über mehrere Jahre hinweg aus Großbritannien nach Kontinentaleuropa verlagert werden. Die meisten Positionen wird die Deutsche Bank nach Frankfurt und Berlin verlegen. (Quelle: Bloomberg, 2.08.2017)

Sylvie Matherat, Chief Regulatory Officer: *"For front office people, if you want to deal with an EU client, you need to be based in the EU. Does it mean I have to move all the front office people to **Germany** or not? We're speaking of 2,000 people. Then you have the local supervisors who rightly say, come on, if you have your client here, if you book your operation here, you need to have your risk management capacity here. It means another 2,000 people."* (Quelle: Bloomberg, 26.04.2017)

Goldman Sachs

Die US-Investmentbank Goldman Sachs kann ihre Belegschaft in Frankfurt nach dem Brexit mehr als verdreifachen. Die Bank zieht vom Messturm, wo sie bisher rund 200 Banker beschäftigt, in den neuen Marienturm, der 2019 bezugsfertig sein soll, wie ein Sprecher am Mittwoch in London bestätigte. (Quelle: Manager Magazin, 15.03.2018)

Dr. Wolfgang Fink, CO-Vorsitzender Goldman Sachs AG (Deutschland): *„Wir haben bereits mehrmals gesagt, dass wir unsere Belegschaft in Frankfurt verdoppeln wollen, nun gibt es mehrere Szenarien, die dafür sprechen die Anzahl zu verdrei- oder zu vervierfachen.“* (Quelle, Pressekonferenz Goldman Sachs Deutschland / Manager Magazin, 8.09.2017)

Richard Gnodde, Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: *„Die Grundannahme ist: Der Brexit kommt! Wir beginnen deshalb damit, Ressourcen nach Frankfurt und in andere europäische Städte zu verlagern.“* Die Bank könne nicht warten, bis im Detail geregelt ist, wie die Trennung 2019 vonstattengeht. *„Deswegen haben wir Pläne, damit wir am Ende der zweijährigen Verhandlungsphase in ganz Europa arbeiten können, egal wie es ausgeht.“* Um die Nachfolge für London als europäischem Finanzzentrum konkurrieren mehrere Städte auf dem Kontinent. Gnodde: *„Frankfurt hat einen Vorsprung.“* Goldman Sachs werde die Zahl der Mitarbeiter in Frankfurt *„sehr wahrscheinlich“* mehr als verdoppeln. Das Institut werde sich im laufenden Jahr intensiv

Gedanken über ihre künftige Aufstellung in Europa machen und 2018 mit den ersten Umzügen beginnen. (Quellen: FAS, 17.06.2017; Reuters, 5.05.2017)

Richard Gnodde, Vice Chairman Goldman Sachs Group: „Wir können uns darauf [Anm. Brexit-Verhandlungen] nicht verlassen, deshalb brauchen wir Notfallpläne und die setzen wir jetzt um.“ Goldman Sachs besitze Banklizenzen in Frankreich und Deutschland sowie Niederlassungen in weiteren Städten Europas. "In den nächsten 18 Monaten werden wir diese Standorte ausbauen, wir werden in einigen davon zusätzliche Flächen anmieten, und wir werden dort Stellen und Fähigkeiten aufbauen." (Quelle: CNBC / Frankfurter Rundschau, 21.03.2017)

Auch die US-Investmentbank Goldman Sachs erwägt aufgrund des Brexit, bis zu 1.000 Arbeitsplätze von London nach **Frankfurt** zu verlagern. Insgesamt plane die Bank eine Halbierung ihrer Mitarbeiterzahl in London auf 3.000. (Quelle: Handelsblatt, 19.01.2017)

HSBC

Stuart Gulliver befürchtet, bis zu 300 Millionen Dollar könnte es kosten, wenn die Bank im Zuge des EU-Austritts einen Teil des Geschäfts von der Insel Geschäft nach Paris verlagern muss, prognostiziert er. [...] Die genannte Summe von 300 Millionen Dollar habe sich aus einer Kalkulation ergeben, was ein Umzug nach Frankreich kosten würde, sagte Gulliver. Die Großbank hatte angekündigt, 1000 Jobs nach Paris zu verlagern. (Quelle: Handelsblatt Online, 31.07.2017)

Stuart Gulliver, speaking at a conference in Paris on Tuesday, July 11, confirmed the bank's plan to move 1,000 roles to Paris – out of 43,000 – in the event of a hard Brexit. (Quelle: The Guardian, 11.07.2017)

Stuart Gulliver, Chief Executive Officer: "As many as 1,000 of HSBC's traders and salespeople, who generate about 20 percent of the investment bank's revenue, will relocate from London to **Paris** after Prime Minister May confirmed the U.K. would leave the single market." (Quelle: Bloomberg, 12.04.2017)

JPMorgan

Jamie Dimon, CEO and Chairman of JPMorgan Chase & Co : «J'ai eu une réunion productive avec le ministre Bruno Lemaire, et je suis impressionné par les progrès de la France en matière de réforme économique. [...]» D'ici mai 2019, une soixantaine de financiers de la banque d'investissement, devraient ainsi, sauf incident, rejoindre l'hôtel tricentenaire de La Fare place Vendôme **à Paris**, qui compte déjà 250 banquiers d'affaires, spécialistes des marchés et de gestion de fortune. Le nouveau climat qui préside depuis l'élection présidentielle a été un facteur déclenchant dans le processus de décision de JPMorgan. En visite à Paris en juillet à l'occasion du forum Paris Europlace, avait déclaré « aux Echos » se rendre dans la capitale française pour « voir si nous pourrions renforcer notre présence en France ». (Quelle : Les Echos, 12.10.2017)

Speaking at a conference in Paris on Tuesday, July 11, Dimon said the initial response would require several hundred jobs to go – but the final number would depend on the demands imposed by the EU’s regulators and politicians. Dimon said JP Morgan had to be ready for hard Brexit – whether it was likely to happen or not: *“It’s easy we plan for that ... all it means is that several hundred jobs have to legally be done through an EU sub[sidiary]”* (Quelle: The Guardian, 11.07.2017)

Die US-Investmentbank JP Morgan kauft eine Immobilie in der Hauptstadt **Dublin** mit Platz für rund 1.000 Mitarbeiter. *„Das neue Gebäude gibt uns Raum für Wachstum und Flexibilität in der Europäischen Union“*, sagte eine Vertreterin des Instituts am 15. Mai 2017. (Quelle: Handelsblatt Online, 15.05.2017)

Daniel Pinto, Head of Investment Banking: *“We are going to use the three banks we already have in Europe as the anchors for our operations. We will have to move hundreds of people in the short term to be ready for day one, when negotiations finish, and then we will look at the longer-term numbers.”* (Quellen: Bloomberg, 04.05.2017)

Lloyds Banking Group

Lloyds Banking Group (LLOY.L) aims to get its Berlin branch ready for business in Europe by the end of the year ahead of Britain leaving the European Union, according to a person with knowledge of the matter. Lloyds this month filed an application with Germany’s financial regulators to convert its local branch into a subsidiary, the person said, which will enable it to keep its continental operations within the EU, unaffected by Brexit. The bank is still expecting to transfer only a handful of jobs to the new subsidiary, the person said. (Quelle: Reuters, 23.01.2018)

*“Lloyds Banking Group has chosen Germany as its European base after Brexit and aims to apply for a licence in the country in a matter of months. It is understood that Lloyds has made a final decision to turn its **Berlin** branch into a subsidiary, to ensure it has a hub inside the European Union once the UK leaves.”* (Quelle: The Telegraph, 15.04.2017)

Lloyds of London

*„Der Versicherungsmarkt Lloyds of London will seine EU-Zentrale in **Brüssel** ansiedeln. Lloyds of London hatte wiederholt angemerkt, dass Finanzdienstleister nach dem Brexit einen Standort in der EU benötigen, um weiterhin Zugang zum europäischen Markt zu haben.“* (Quelle: N-TV und Reuters, 30.03.2017)

Mitsubishi UFJ

*“Mitsubishi UFJ Securities Holdings Co., Ltd. (MUSHD), a consolidated subsidiary of Mitsubishi UFJ Financial Group, Inc. (MUFG), announced that the decision has been made to apply for a license to establish a new subsidiary in **Amsterdam**, the Netherlands. Securities services for EU customers are currently provided through a subsidiary in the*

United Kingdom (UK). The new subsidiary in Amsterdam will ensure that the Group can continue to provide these services to its EU clients, even if the cross-border passport is lost as a result of Brexit.” (Quelle: MUSHD, Press Release, 13.09.2017)

*“Mitsubishi UFJ Financial Group Inc. and Mizuho Financial Group Inc. are bolstering their units in **Amsterdam**, where they both hold a banking license that enables them to serve clients throughout the European Union. They still need to choose a location for conducting securities business in the region should the U.K.’s exit make London a more difficult place to perform certain services for European customers, such as underwriting and derivatives.” (Quelle: Bloomberg 21.03.2017)*

Mizuho Financial Group

*Mizuho Securities Co., Ltd., a core group company of Mizuho Financial Group, Inc., has started procedures for applying for a license to establish a new company to engage in securities business in **Frankfurt**, Germany. The decision was made in the process of assessing the impact of Brexit—UK’s withdrawal from the European Union (EU), and against the background of continuing the effort to develop our network for servicing customers in Europe and around the world in a sustainable and reliable manner. [...] In order to promote the above business model going forward, we will proceed with the application for establishing a new subsidiary in Frankfurt that will lead securities operations in the EU countries. [...]” (Quelle: Press Release Mizuho Financial Group, 24.07.2017)*

Morgan Stanley

Die US-Investmentbank Morgan Stanley will ihren EU-Sitz infolge des Brexits wohl nach **Frankfurt** verlagern. Das berichten die Nachrichtenagenturen Reuters und Press Association übereinstimmend und berufen sich dabei auf Insider. Auch die Zahl der Mitarbeiter in Frankfurt soll sich vor diesem Hintergrund von 200 auf 400 verdoppeln. Der europäische Hauptsitz soll allerdings weiterhin London bleiben. (Quelle: Reuters, 19.07.2017)

James Gorman (Chief Executive Officer) recently visited Frankfurt, prefers Germany’s financial capital as the main base. (Quelle: Reuters, 5.05.2017)

*Morgan Stanley is scouting for office space in **Frankfurt and Dublin** for an enlarged European Union hub following the U.K.’s vote to leave the political bloc, according to three people with knowledge the matter. The bank may initially move about 300 workers to one of the cities, the people said without giving a time frame.” (Quelle: Bloomberg 23.02.2017)*

Nomura Holdings

“Nomura, Asia’s global investment bank, today [27/06/2017] announced that it has begun the formal application for a license in Germany to operate a new entity based in Frankfurt. Nomura has been actively planning since before the referendum took place to ensure that the company meets the needs of its global and regional clients, no matter

what the final terms of the UK's exit from the EU are. The aim remains to minimize disruption for clients and employees. Nomura will be fully prepared to provide a continued, uninterrupted service to its clients by the time the UK exits the EU in 2019"
(Quelle: Press Release Nomura Financial Service Group, 27.06.2017)

Royal Bank of Scotland

Howard Davies, Vorsitzender des Aufsichtsrats: *„Ich glaube, dass diese Büros gestärkt werden müssen. Denn wir werden in diesen Büros künftig sicher Dinge tun müssen, die wir bisher von aus London machen[...]. Es wird Umzüge nach Frankfurt geben. Aber ich glaube nicht, dass es ein einziges Finanzzentrum in Europa geben wird, das London ersetzt. Stattdessen würden Institute Mitarbeiter auf verschiedene Märkte verteilen, in denen sie tätig sind.“* (Quelle: Handelsblatt, 22.03.2017)

Howard Davies: *"In our case we don't have a problem because we do own a euro-zone bank in the form of Ulster Bank," he said in a Bloomberg Television interview on Wednesday. "Probably we would have to move some people, but we are talking tens of people, not the numbers other banks are talking about."* (Quelle: Bloomberg 01.02.2017)

The Amsterdam office is for the NatWest Markets arm, and advanced discussions are under way with the Dutch national bank. RBS already holds a banking licence in the Netherlands – a legacy of its takeover of the Dutch bank ABN Amro – and needs to beef up its presence there to "minimise disruption to the business" after Brexit.

The operation could need 150 people, RBS said, although it may not be necessary to move all staff from London. The cost of setting up the hub will be in the "tens of millions". (Quelle: Guardian: 04.08.2017)

Société Générale

"At this stage, it seems quite clear that it will be necessary to relocate a certain number of jobs to the euro zone," Oudea said the possible move of jobs after Brexit would affect 300-400 investment banking jobs out of 2,000 it has overall for that business in London.
(Quelle: Reuters, 11.07.2017)

Standard Chartered

José Viñals, Chairman: *"Standard Chartered has chosen **Frankfurt** for its main base inside the European Union as it prepares for the U.K. to lose easy access to the single market after Britain exits the trading bloc. [...] The bank already had a branch in the German city. We are looking at setting up a subsidiary in the EU to ensure we are prepared."* (Quelle: The Guardian, 03.05.2017 und Bloomberg, 04.05.2017)

Sumitomo Mitsui Banking Corporation (SMBC) / Sumitomo Mitsui Financial Group (SMFG)

"Given the possibility that Sumitomo Mitsui Banking Corporation (SMBC)'s UK subsidiary, Sumitomo Mitsui Banking Corporation Europe Ltd. (SMBCE), could face future restrictions in certain services it provides, SMBC has decided to commence preparations to establish, subject to regulatory approval, a wholly-owned subsidiary in Frankfurt, Germany (New Bank). The purpose of establishing the New Bank is to ensure that SMBC can continue offering banking services to clients with no disruption once the UK leaves the EU. Through the New Bank, SMBCE, and SMBC branches, SMBC will further enhance the banking services it provides to its clients in Europe. [...] SMFG has been providing its securities services to its clients in Europe through SMBC Nikko Capital Markets Ltd. However, to ensure that SMFG can continue offering clients securities related services with no disruption following the UK's withdrawal from the EU, SMFG will, subject to regulatory approval, commence preparations to establish a subsidiary in Frankfurt, Germany (Securities Subsidiary)." (Quelle: Press Release Sumitomo Mitsui Financial Group, 3.07.2017)

UBS

In full-year results published on Monday, UBS - which employs 5,000 people in London - said it would begin "implementation of contingency measures in early 2018" in preparation for Brexit. Some 200 roles are expected to leave the UK, according to reports, compared with 1,000 initially feared. UBS has struck a more upbeat tone on Brexit in recent months, saying it is "more and more unlikely" it will have to move as many as 1,000 staff from London due to "regulatory and political clarifications" it has received. (Quelle: The Telegraph, 22.01.2018)

Bei der UBS müssen früheren Firmenangaben zufolge rund 1000 Mitarbeiter London verlassen, es könnten aber auch mehr sein. Nach Angaben eines hochrangigen Managers zufolge wolle man aber bis Jahresende abwarten, bevor die Bank eine Entscheidung zum Umzug von Mitarbeitern fällt. Vom Abbau in London könnten andere europäische Städte profitieren. So könnte die UBS ihre Präsenz in Frankfurt ausbauen.

(Quelle: Reuters, 8.07.2017)

Axel Weber, Präsident des Verwaltungsrates: *"About 1,000 of its 5,000 London jobs could be hit by Brexit."* Die Europabank [Anm.: Sitz in **Frankfurt**] könnte im Falle eines Brexit-bedingten Abbaus zur neuen Heimat der UBS-Banker aus London werden. (Quelle: BBC 18.01.2017)

Credit Suisse, HSBC, Standard Chartered und UBS

Die Finanzaufsichter Hongkongs (HKMA) und Singapurs (MAS) hätten unabhängig voneinander Kontakt zum asiatischen Finanzbranchen-Verband *Asifma* aufgenommen, sagen fünf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Die Gespräche drehten sich um die Frage, welche gesetzlichen Änderungen notwendig wären, um Derivatehandel anzulocken. [...] Den Insidern zufolge denken die Behörden Hongkongs und Singapur nach, diese Regelung an den europäischen Standard anzupassen. Vor diesem Hintergrund werde bei den Banken HSBC, Standard Chartered, UBS und Credit Suisse eine Verlagerung des Geschäfts nach Asien bereits durchgespielt. HSBC betont, dass

Hongkong weiterhin Kern der eigenen Wachstumspläne sei. Die anderen Geldhäuser wollten sich zu diesem Thema nicht äußern. (Quelle: Reuters, 6.09.2017)